

Allgemeine Geschäftsbedingungen Bettina Stoi * Online & Social Media Marketing

Mit der Auftragserteilung erkennt der Auftraggeber die nachfolgenden, allgemeinen Geschäftsbedingungen an. Sie gelten für den gesamten Geschäftsverkehr zwischen dem Auftraggeber und der Firma Bettina Stoi * Online & Social Media Marketing, nachfolgend Auftragnehmerin.

1. Vertragsabschluss

Der Vertrag zwischen dem Auftraggeber und der Auftragnehmerin kommt zustande, wenn der Auftraggeber das von der Auftragnehmerin abgegebene Angebot durch schriftliche Erklärung angenommen hat und der Eingang der dazu benötigten Informationen und Unterlagen schriftlich durch die Auftragnehmerin bestätigt wird. Als Schriftform im Sinne dieser AGB genügt die Übermittlung per Fax oder E-Mail.

2. Leistungen

Die Leistungen der Auftragnehmerin erfolgen in dem im Angebot beschriebenen Umfang. Veränderungen im Sinne von Mehrleistungen oder Minderleistungen bedürfen der gegenseitigen und gesonderten schriftlichen Bestätigung. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die Leistungen sorgfältig und nach bestem Wissen und Gewissen zu erbringen.

3. Lieferung

Die Leistungserbringung im Sinne der Lieferung erfolgt, soweit nicht anders vereinbart, per E-Mail. Fixe Termine zur Fertigstellung sind schriftlich zu vereinbaren. Bei absehbaren Lieferverzögerungen ist die Auftragnehmerin verpflichtet, den Auftraggeber umgehend zu informieren. Der Auftraggeber ist in dem Fall berechtigt, den Auftrag zurückzuziehen. Bis dahin erbrachte Werk- und/oder Dienstleistungen sind in voller Höhe zu bezahlen.

4. Dauer des Vertrags und Kündigung bei Monatspaketen

Verträge, die auf Monatspauschalen beruhen, laufen auf unbestimmte Zeit. Sie können von beiden Parteien mit einer Frist von 2 Monaten zum Ende des laufenden Monats in Schriftform (auch per E-Mail) gekündigt werden.

5. Reklamation und Haftung

Ein nach Auffassung des Auftraggebers mangelhaft erfüllter Auftrag ist vom Auftraggeber umgehend, spätestens jedoch innerhalb von 14 Tagen, schriftlich gegenüber der Auftragnehmerin zu reklamieren. Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Tages, an dem die erbrachte Leistung dem Auftraggeber zugegangen ist. Erfolgt innerhalb dieser Frist kein schriftlicher detaillierter Einwand, so gilt der Auftrag als vertragsgemäß durchgeführt. Weist eine Lieferung nachweislich Mängel auf und ist dieser Mangel nicht als unwesentlich anzusehen, hat der Auftraggeber innerhalb von 30 Tagen das Recht auf eine kostenfreie Nachbesserung. Bei begründetem Verdacht auf Unrechtmäßigkeiten (z. B. Verstöße gegen das Urheberrecht) ist die Auftragnehmerin berechtigt, den Auftrag zurückzugeben. Bis dahin erbrachte Leistungen sind in voller Höhe zu bezahlen. Für Lieferverzögerungen oder Datenverlust auf dem Versandweg oder durch höhere Gewalt wird keine Haftung übernommen, ebenso wenig für den unberechtigten Zugriff Dritter auf Texte und Daten auf dem Weg der Übermittlung. Alle Schadensersatzansprüche gegen die Auftragnehmerin sind, sofern nicht gesetzlich anders vorgeschrieben, auf die Höhe des Rechnungsbetrages begrenzt. Eine Haftung für entgangenen Gewinn oder Folgeschäden besteht nicht.

6. Rechnung und Bezahlung

Nach Abschluss der Dienstleistung wird die Rechnung per E-Mail oder per Post zugesandt. Die Auftragnehmerin ist berechtigt, besonders bei umfangreicheren Arbeiten eine Vorauszahlung zu berechnen, die unverzüglich zur Zahlung fällig gestellt wird. Der Rechnungsbetrag ist ohne Abzug innerhalb des angegebenen Zeitraums durch Überweisung auf das angegebene Konto zu zahlen. Bei Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Regelungen.

7. Vertraulichkeit

Der Auftragnehmerin verpflichtet sich, alle vom Auftraggeber übermittelten Texte, Daten, Unterlagen und sonstige Informationen, vertraulich zu behandeln und sie für keine anderen Zwecke als zur Vertragserfüllung zu verwenden.

8. Schlussbestimmungen

Soweit einzelne Bestimmungen dieses Vertrages nicht rechtswirksam sind, wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Regelung tritt entweder die gesetzliche Vorschrift oder - bei Fehlen einer solchen Vorschrift - eine Regelung, welche die Parteien nach Treu und Glauben zulässigerweise getroffen hätten, wenn ihnen die Unwirksamkeit bekannt gewesen wäre. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist Berlin.

